

2. Außerordentliche Bundesdelegiertenkonferenz

13. Mai 1999, Bielefeld, Seidenstickerhalle

Grüne

AntragstellerInnen: Bundesvorstand

Gegenstand: Kosovo

Anmerkungen: beschlossen auf der Bundesvorstandssitzung am 10.5.99

Kosovo

1 NEU

Frieden und Menschenrechte vereinbaren! Für einen Frieden im Kosovo, der seinen Namen zu Recht trägt

5 Im Kosovo führt das Milosevic-Regime einen Vernichtungs- und Vertreibungskrieg gegen die große albanische Bevölkerungsmehrheit. Es wiederholen sich die Greuel-
taten und humanitären Katastrophen des Krieges in Bosnien, für die auch
10 hier vor allem die serbische Regierung und ihre Handlanger die Verantwortung tragen. Seit dem 24. März bombardieren NATO-Einheiten Ziele in ganz Jugoslawien mit dem erklärten Ziel, ein Friedensabkommen zwischen Repräsentanten der kosovo-albanischen Mehrheit und der jugoslawischen Regierung zu erzwingen und so die jahrzehntelange Unterdrückung der Albaner zu beenden, die schon lange begonnenen Vertreibungsaktionen zu unterbinden und eine Autonomieregelung durchzusetzen. Mit größerer Verhandlungsbereitschaft hätte der jugoslawische Präsident Milosevic die Luftangriffe stoppen können. Statt dessen hat er die Vertreibungsaktionen zu einem ungeheuren Feldzug gegen die gesamte kosovarische Zivilbevölkerung gesteigert.

15 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN haben sich in ihrem Verständnis von Außenpolitik immer an zwei Grundlinien orientiert: Entmilitarisierung der Politik und Absage an Gewalt sowie Wahrung und Durchsetzung der Menschenrechte. Diese beiden Grundlinien geraten bei der Bewertung des Kosovo-Konfliktes in einen Zielkonflikt. Verschärft wird der Konflikt durch schwerwiegende völkerrechtliche Einwände und Gegenargumente, vor allem wegen des Fehlens eines UN-Mandats für das militärische Vorgehen der NATO. Wir stehen schließlich noch vor einem weiteren Dilemma. Einerseits muß die rot-grüne Außenpolitik wirksame Strategien gegen die völkermörderische Politik des Milosevic-Regimes entwickeln. Andererseits aber ist sie vor eine Situation gestellt, die durch seit zehn Jahren begangene Fehler und Versäumnisse des Westens mitgeprägt und bei Regierungsübernahme bereits so weit eskaliert ist, daß Konzepte ziviler Konfliktprävention offenbar nicht mehr greifen können.

20

25

BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN



30 Die Entscheidung über die Unterstützung oder die Ablehnung einer Intervention
in Jugoslawien gegen die menschenverachtende Politik der jugoslawischen Re-
gierung war wohl für die meisten von uns die schwierigste politische Entschei-
dung ihres bisherigen politischen Wirkens. Für viele wurde deutlich, daß es nicht
35 darum gehen kann, zu entscheiden, welches Prinzip grüner Politik einen höheren
Stellenwert besitzt: die Wahrung und der Schutz der Menschenrechte oder das
Bekenntnis zu Pazifismus und Antimilitarismus. Bündnisgrüne Außenpolitik muß
den Anspruch erheben, eine Vereinbarung dieser beiden Prinzipien zu finden –
unter Berücksichtigung der möglichen Folgen und der langfristigen Verbesse-
40 rung der Bedingungen für eine friedensstiftende Politik der internationalen
Staatengemeinschaft. In dieser Situation gibt es nicht die eine, objektiv richtige
Antwort. Wir respektieren an diesem Punkt ausdrücklich, daß Mitglieder unserer
Partei zu unterschiedlichen Schlußfolgerungen kamen. Wir sprechen keiner Seite
weder die politische Ernsthaftigkeit noch den moralischen Willen ab. Wir sind
überzeugt, daß wir auf der Grundlage des gegenseitigen Respekts trotz der ge-
45 wichtigen politischen Differenzen weiter zusammenarbeiten können.

Uns eint die Abscheu vor den politischen Verbrechen, den Mordtaten, Folterun-
gen und Vergewaltigungen, der Geiselnahme von Zivilbevölkerung und der eth-
nischen Vertreibungspolitik. Uns eint der Wille, die Gewalt und die hunderttau-
50 sendfache Verletzung von Menschenrechten zu beenden. Uns eint der Einsatz
dafür, Deutschland zu einem offenen Land für Flüchtlinge aus der Region zu
machen. Für uns steht die moralische Legitimation dafür außer Zweifel, dem
Handeln des Milosevic-Regimes Einhalt zu gebieten. Gleichwohl lehnen wir es
ab, dessen Vertreibungs- und Völkermordpolitik durch historisch fragwürdige
55 Gleichsetzungen mit dem deutschen Faschismus darzustellen.

Zweifellos trägt der Westen und insbesondere auch die Bundesregierung
Deutschland große Mitverantwortung für das Entstehen der Zwangssituation, in
der wir uns seit Oktober 1998 befanden. Als verhängnisvoll erwies sich die Poli-
60 tik von Kohl und Genscher bei der Anerkennung ehemaliger jugoslawischer
Teilrepubliken. Weder hat der Westen in den letzten Jahren zu einem gemein-
samen mittel- und langfristigen Vorgehen gegenüber Milosevic gefunden, noch
gab es eine klare Linie auch nur der wichtigsten europäischen Verbündeten zur
Eindämmung der serbischen Politik, noch gab es eine Gesamtstrategie für den
65 gesamten südosteuropäischen Raum. Die Unentschiedenheit, Wankelmütigkeit
und Sprunghaftigkeit der westlichen Politik führte im zerfallenden Jugoslawien in
den letzten zehn Jahren mehrfach dazu, daß zu wenig zu spät unternommen
und damit die Aggressivität des staatsterroristischen serbischen Regimes im Ef-
70 fekt sogar noch ermuntert wurde. Die langjährige Mißachtung und Nichtunter-
stützung des zivilen albanischen Widerstandes durch das Ausland war eine we-
sentliche Ursache für das Aufkeimen (groß)albanischer Nationalisten und die
Verschärfungen der Spannungen im Kosovo in den letzten zwei Jahren.

Wir Grüne haben in dieser Zeit die gewaltfreie Politik Rugovas aktiv unterstützt
und uns für die gemeinsame Einbeziehung des ganzen südosteuropäischen
75 Raumes in den europäischen Einigungsprozeß eingesetzt. Wir haben die falsche

- Politik des Westens gegenüber dem Milosevic-Regime immer wieder kritisiert und auf die drohenden verhängnisvollen Konsequenzen hingewiesen. Leider haben wir mit unseren Vorschlägen zu rechtzeitigen zivilen Konfliktpräventions- und Interventionsstrategien keine Mehrheit im Parlament gefunden und deshalb mit unseren Warnungen weitgehend recht behalten. Dieses ändert aber nichts daran, daß wir mit Rahmenbedingungen konfrontiert wurden, die wir nicht zu verantworten hatten, die uns nun aber in der neuen Rolle als Regierungspartei vor einen Entscheidungsdruck stellten.
- 80
- 85 Die Außenpolitik der neuen Bundesregierung hatte maßgeblich zum Verhandlungsprozeß von Rambouillet geführt. Dieser war der Versuch, den geringen noch vorhandenen Spielraum für einen grünen Politikansatz zu nutzen. Ohne dies wäre es bereits früher zur militärischen Intervention gekommen. Nach dem Scheitern des Rambouillet-Prozesses hat sich die Mehrheit der bündnisgrünen
- 90 Mandats- und EntscheidungsträgerInnen für den Einsatz militärischer Gewalt ausgesprochen. Das Verhalten des Milosevic-Regimes ließ zu dieser Zeit in der politischen Realität eine andere als die getroffene Entscheidung nur um den Preis zu, daß der bereits angelaufenen massenhaften Vertreibung und dem Morden nichts hätte entgegengesetzt werden können. Viele Mitglieder unserer Partei
- 95 und – so die Meinungsumfragen – viele WählerInnen haben die Luftangriffe in der Hoffnung mitgetragen, daß die Vertreibung und Ermordung tausender Kosovo-AlbanerInnen dadurch verhindert oder wenigstens begrenzt werden könnten.
- 100 Aber die Politik der NATO, der Bundesregierung und unsere Politik muß sich bei jedem Schritt nicht nur an ihren Absichten, sondern auch an ihren Ergebnissen messen lassen. Die Entscheidung muß darauf hin ständig neu abgewogen werden. Werden alle vorhandenen nicht militärischen Spielräume genutzt oder bestimmt die militärische Logik die Politik? Werden die Ziele erreicht? Gibt es eine
- 105 Chance für die Beendigung der militärischen Gewalt?
- Die anfängliche Hoffnung auf eine Verhinderung der humanitären Katastrophe hat sich nicht erfüllt. Die NATO unterlag offenkundig einer Fehleinschätzung, was die Dauer des Krieges und die Auswirkung der Bombardierung angeht.
- 110 Heute ist festzustellen: Die humanitäre Katastrophe wurde beschleunigt, sie wurde größer, als die meisten wirklich befürchtet hatten, und sie dauert immer noch an. Wie wenig vorbereitet die Staatengemeinschaft auf diese Entwicklung war, zeigt sich auch daran, daß keine ausreichenden Vorkehrungen zur Versorgung der Flüchtlinge getroffen waren. Die angrenzenden Aufnahmeländer waren und sind völlig überfordert und leiden als Folge daraus unter innenpolitischen Spannungen. Dies trug zu wachsenden Zweifeln an der Legitimität des Bombenkrieges ebenso bei wie die zunehmenden menschlichen Opfer und die zivilen Schäden, die er verursachte. Die militärischen Angriffe der NATO aus der
- 115 Luft haben zwar den Militär- und Gewaltapparat des Milosevic-Regimes massiv geschwächt, sie haben aber auch aus der Illusion des chirurgisch präzisen Luftkrieges einen bitteren Hohn gemacht, politisch negative Wirkungen ausgelöst und eine Reduktion aufs militärische Denken gefördert (dieses wird besonders
- 120 deutlich angesichts der Bombardierung der chinesischen Botschaft in Belgrad).

Wir Grüne haben dies von Anfang an thematisiert und immer mehr kritisiert. Wir
125 kritisieren weiterhin, daß die NATO politische Chancen nicht ausgetestet hat, die
in befristeter Aussetzung von Luftangriffen liegen können. Dies wäre mehrfach
sinnvoll gewesen, um diplomatische Aktivitäten zu verstärken beziehungsweise
die Versorgung der Binnenflüchtlinge zu ermöglichen. Eine politisch ebenfalls
130 sinnvolle Einschränkung der Ziele der Luftangriffe wurde von der NATO nicht in
Erwägung gezogen. Angriffe in Montenegro oder auf offensichtlich zivile Ziele in
Serbien sind für die meisten von uns kaum nachvollziehbar. Dies alles macht die
Suche nach einer politischen Lösung des Konfliktes immer zwingender.

Nachdem die humanitäre Katastrophe nicht verhindert werden konnte, müssen
135 die humanitären Ziele in der neuen Situation neu bestimmt werden. Im Kern
muß es darum gehen, daß die Flüchtlinge und Vertriebenen möglichst bald in
ihre Heimat zurückkehren können, sowie darum, daß nicht auch noch die ver-
bliebenen Kosovo-AlbanerInnen aus dem Land getrieben werden. Dieses Ziel ist
nur auf dem Verhandlungswege zu erreichen. Nach den bisherigen Erfahrungen
140 mit Milosevic erscheint es äußerst zweifelhaft, daß dieser ohne Druckausübung
zu Verhandlungen bereit ist. Wie der Verlauf des Krieges zeigt, ist es allein mit
militärischem Druck allerdings auch nicht zu erreichen. Deswegen teilen wir ei-
nerseits nicht Forderungen nach einem generellen Ende der militärischen Aktio-
nen der NATO, wie wir andererseits Tendenzen in der NATO zu einer unflexi-
145 blen, ultimativen Politik kritisieren. Die Rückkehr zur Politik und der Ausstieg aus
der militärischen Eskalationsspirale sind zwingend geboten.

Wir sind überzeugt, daß der Fischer-Plan die Kernelemente einer politischen Lö-
sung enthält. Deshalb unterstützen wir ihn. Der grüne Außenminister hat nicht
150 nur als erster verantwortlicher Politiker im Westen einen konkreten Vorschlag
zur diplomatischen Lösung entwickelt, seit dem G8-Treffen in Bonn ist dieses
Konzept zur gemeinsamen Perspektive des Westens und Rußlands geworden.
Die Abkehr von der Implementierung der Rückkehr der Flüchtlinge durch
NATO-Truppen hin zu einer Absicherung eines Friedenskonzepts für den Kosovo
155 durch eine Friedenstruppe unter Mandat der UNO nach Kapitel VII der UN-
Charta wird von uns positiv bewertet und unterstützt. Wir begrüßen es beson-
ders, daß die Bundesregierung sich auch durch diesen Schritt intensiv um die
Einbindung Rußlands in die Lösung des Konfliktes bemüht. Ohne die Beteiligung
Rußlands gibt es für den Kosovo und den ganzen südosteuropäischen Raum
160 keine Friedensperspektive.

Bei dem G8-Außenminister-Treffen Anfang Mai in Bonn wurde ein substantieller
Schritt vorwärts zu einer politischen Lösung gemacht. Die erreichte gemeinsame
Haltung Rußlands und des Westens macht klar, daß Milosevic mit seiner Politik
165 der Vertreibung und des Völkermords nicht durchkommen wird. Das Ergebnis
des G8-Treffens beinhaltet auch ein Angebot an die Belgrader Führung. Wir for-
dern daher die Staatsführung Jugoslawiens auf, diese Chance nicht zu verpas-
sen.

170 *Um die diplomatische Chance zu verstärken, die derzeit vorhanden ist, sollte die
NATO einen befristeten Stop der Bombenangriffe erklären. In der so entstehen-*

175 *den Zeit muß die jugoslawische Seite die Vertreibungen einstellen und mit dem Rückzug ihrer bewaffneten Kräfte beginnen. Die Waffenpause kann verlängert werden, wenn die Belgrader Führung dieses vollzieht. Die Unterbrechung der Luftangriffe kann auch einhergehen mit einem humanitären Waffenstillstand, der dem IKRK die Gelegenheit gibt, die Linderung des dramatischen Flüchtlingselends der Binnenvertriebenen im Kosovo anzugehen.*

180 Gänzlich falsch wäre es im Gegensatz dazu, der militärischen Eskalationslogik zu folgen und auf einen Bodenkrieg zu setzen. Ein NATO-Bodenkrieg im Kosovo oder in anderen Teilen Jugoslawiens liegt aus unserer Sicht aus vielen Gründen jenseits einer Grenze, die nicht überschritten werden darf. Es ist sehr fragwürdig, ob und wann er den Vertriebenen helfen würde. Es ist auch fraglich, ob nicht die humanitären Folgen und die politischen Gefahren eines Bodenkrieges größer
185 und gefährlicher wären als alles, was bisher geschehen ist. Wir lehnen ihn deshalb ab und würden einem Einsatz deutscher Truppen dafür nicht zustimmen.

Wir haben eine große Verantwortung gegenüber den Opfern des Kosovo-Krieges, gegenüber den Opfern auf beiden Seiten. Eine erste Konsequenz gegenüber den vertriebenen Kosovo-AlbanerInnen muß darin bestehen, großzügig in
190 unserem Land Flüchtlinge aufzunehmen und dafür zu streiten, daß dies auch in anderen europäischen Ländern geschieht. Im Rahmen eines Stabilitätspaktes, wie ihn die Bundesregierung vorgeschlagen hat, werden wir zusammen mit unseren EU- und NATO-Partnern auch eine wirksame Aufbauhilfe für die ganze
195 Region leisten müssen.

In der vor uns liegenden Grundsatzdebatte werden wir uns vielen fundamentalen Fragen nach der Orientierung unserer Außen-, Sicherheits- und Friedenspolitik stellen müssen. Die grundsätzliche Orientierung am Pazifismus werden wir
200 nicht aufgeben. Wir wollen ihn entfalten als politischen Pazifismus, der sich zum Ziel setzt, die Anwendung von Gewalt in den internationalen Beziehungen durch die Herausarbeitung eines wirksamen Gewaltmonopols der Vereinten Nationen zurückzudrängen. Dazu gehören konkretisierte Schritte zur UNO-Reform und zur Stärkung der OSZE. Wir müssen unsere programmatischen Ansätze zur UN-Reform und zur Weiterentwicklung des Völkerrechts im Sinne der Geltung der
205 Menschenrechte auf die Ebene der praktischen Politik bringen. Wir müssen dafür sorgen, daß die grüne Regierungsbeteiligung bei der Institutionalisierung und Anwendung neuer Instrumente von Konfliktprävention und ziviler Konfliktbearbeitung konkrete Ergebnisse zeitigt. Die Glaubwürdigkeit grüner Außenpolitik
210 wird sich in Zukunft auch daran messen lassen müssen, wie wir menschenrechtliche Kriterien in anderen Weltgegenden und unter anderen politischen Rahmenbedingungen praktisch ernst nehmen. Schließlich – und nicht zuletzt – hat sich im vorliegenden Konflikt auch wieder gezeigt, wie wichtig die Aussage des Europawahlprogramms ist, daß die europäischen Länder in Zukunft mehr
215 gemeinsame außen- und sicherheitspolitische Verantwortung übernehmen müssen.

Angesichts der Notwendigkeit und der genannten Chancen, den Kosovo-Krieg durch Verhandlungen zu einer politischen Lösung zu führen, fordert die Bundes-

- 220 versammlung von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Bundesregierung auf, sich dafür einzusetzen, daß
- die NATO einseitig eine Unterbrechung der Luftangriffe auf Jugoslawien erklärt, mit dem Ziel, den Beginn des Rückzuges der serbischen Einheiten aus dem Kosovo und einen sofortigen überprüfbaren Waffenstillstand aller Seiten zu erreichen;
 - nach Eintreten der Waffenruhe umgehend die Versorgung der Flüchtlinge im Kosovo aufgenommen wird;
 - für beide Seiten akzeptable Vermittler Verhandlungen mit Jugoslawien auf der Basis des Friedensplans Joschka Fischer sowie Kofi Annans aufnehmen;
 - in Zusammenarbeit mit der UNO entsprechend der Vereinbarung des G8-Außenminister-Treffens durch eine internationale Friedenstruppe unter Mandat der UNO die Rückkehr der Flüchtlinge gesichert wird; in einem Abkommen mit Jugoslawien muß auch Vorsorge getroffen werden, daß nicht in anderen Teilen der BR Jugoslawien (z.B. Vojvodina) eine Politik der ethnischen Vertreibung vorbereitet und praktiziert wird;
 - der Einsatz von Bodentruppen weiterhin ausgeschlossen bleibt;
 - bis zur Beendigung der militärischen NATO-Intervention keine völkerrechtswidrigen Waffen eingesetzt werden, auch keine mit abgereichertem Uran bestückte Munition;
 - über das bisherige Kontingent hinaus Flüchtlinge in Deutschland aufgenommen werden;
 - die anderen europäischen Staaten ihrerseits der humanitären Verpflichtung zur weiteren Aufnahme von Flüchtlingen nachkommen;
 - serbische Deserteure in Deutschland politisches Asyl erhalten;
 - die demokratische Opposition in Serbien und im Exil zu unterstützen
 - im Rahmen der Familienhilfe und -zusammenführung die Aufnahme von zusätzlichen Flüchtlingen in Privatfamilien ermöglicht wird;
 - eine internationale Balkankonferenz einberufen und etabliert wird, mit dem Ziel, einen Stabilitätspakt für den gesamten südosteuropäischen Raum zu erreichen.

Begründung:

erfolgt mündlich

255